Nummer 536

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 20 Goldpfennig. 69. Jahrgang Sonnabend, 24. November 1923

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Zinschein-Kalender, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Schiffahrt und Schiffbau, der Handel mit dem Osten und viele andere tabellarische Übersichten

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | für Manuskripte übernimmt der Verlag keine Verantwortung | Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter Handelsteil: W. Funk, Berlin. Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin. Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen. Für im Friedenau: Inseratenteil: H. Hanglewski, Berlin-Charlottenburg. Druck und Verlag: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Fernsprecher: für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,80 Goldmark, Stellungsuchende 0,35 Goldmark, Reklamezeile 4 Goldmark. Bezugs-Preis: Monatlich 6,30 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Beteiligungen nehmen Zeitungsspedteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im IV. Quartal 1923 für Amerika 4 Dollar, Frankreich 50 französische Francs, Belgien 50 belgische Francs, Schweiz 20 schweizerische Francs, Holland 10 holländische Gulden, Dänemark 20 dänische Kronen, Schweden 15 schwedische Kronen, Norwegen 20 norwegische Kronen, England 20 Schilling, Italien 100 Lire, Rumänien 600 rumänische Lei, Spanien 30 spanische Peseten, Finnland 200 finnische Mark, Tschechoslowakei 125 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 15 Pesos, Serbien 400 Dinar; für den Monat November 1923 nach Oesterreich, Ungarn und Polen 5 Billionen Mark.

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Demission des Kabinetts Stresemann.

Der Reichstag hat gestern das Vertrauensvotum für das Kabinett Stresemann mit 230 gegen 155 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt.

Nach der Abstimmung im Reichstag hat der Reichskanzler eine kurze Ministerbesprechung abgehalten und sich hierauf zum Reichspräsidenten begeben, um ihm die Demission des Gesamtkabinetts zu übergeben. Der Reichspräsident hat die Demission des Reichskabinetts entgegengenommen und das Kabinett mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte beauftragt.

*

Drei lange Tage hat der deutsche Reichstag mit Reden verbraucht, ehe er darüber abgestimmt hat, ob das Kabinett Stresemann weiter an der Regierung bleiben solle oder nicht. Stundenlange Reden sind gehalten worden, die im Hause niemand überzeugt haben. Nach der Absage der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen war nur die Rede des Kanzlers nötig und allenfalls kurze Erklärungen der anderen Parteien, so wie das Zentrum und die Volkspartei es getan haben. Aber das Agitationsbedürfnis der Parteien und der Abgeordneten ist zu groß, die Gelegenheit, zum Fenster hinaus zu reden, wird nie vorübergelassen. Wen von unseren Lesern all die Einzelheiten der gestrigen Sitzung interessieren, der lese den Bericht und finde sich mit dem Widerwillen ab, den er empfinden wird, wenn er abermals sieht, wieviel Gift und persönliche Gehässigkeit noch immer in den Reichstagsdebatten vorhanden ist. Das Ereignis, auf das man seit Dienstag gewartet hatte, war die gestern abend erfolgte Abstimmung über das Vertrauensvotum. Mit 235 Stimmen gegen 155 bei 7 Enthaltungen ist dem Kabinett Stresemann das Vertrauen versagt worden. Nach der Verfassung muß es jetzt zurücktreten, Sache des Reichspräsidenten ist es, die Männer zu berufen, die das neue Kabinett bilden sollen. Wir verzichten darauf, die vielen Vermutungen wiederzugeben, die über den Nachfolger Stresemanns im Umlauf sind. Es wird nicht leicht werden, in diesem zerklüfteten Reichstag die parlamentarische Grundlage für ein neues Kabinett herzustellen, aber mit allem Nachdruck muß die Forderung erhoben werden, daß die Krisis sofort beendigt wird und eine verantwortliche, aktionsfähige Regierung die Zügel führt. Besonders sollten sich die Parteien von dieser Notwendigkeit Rechenschaft geben. Wenn nicht ein Mißbrauch des nationalen Gedankens herauskommen soll, so müssen gerade diejenigen Parteien, die im Namen dieses Gedankens die Abwendung vom Sozialismus gefordert haben, nun Selbstdisziplin, vorbildliche Selbstdisziplin üben.

Und nun ein Wort über Stresemann. Mit einer kurzen, präzisen Erklärung hat er gestern klare Entscheidung und Annahme oder Ablehnung eines klaren Vertrauensvotums gefordert. Zweifler, die nicht begreifen können, daß ein Politiker aus Ueberzeugung bis zum letzten kämpft, sind widerlegt worden. Stresemann und sein Kabinett sind keine Kleber gewesen. Mit dem Programm der Volksgemeinschaft in der Hand hat Stresemann die Deutsche Volkspartei aufgebaut, mit ihm als Reichskanzler vor sich hat er die Große Koalition erstreckt und probiert und mit einem abermaligen Bekenntnis dazu scheidet er jetzt aus dem Reichskanzleramt. Wir haben erkennen müssen, daß die Sozialdemokratie für diesen Gedanken in ihrer Gesamtheit noch nicht reif ist, parteipolitisch noch nicht opferwillig genug ist. Aber Millionen deutscher Männer leben schon jetzt der Ueberzeugung, daß die Zeit kommen wird, in der alle, durch die Not und das Leiden geläutert, sich zu dem Gedanken zurückfinden, daß wir alle Brüder und Volksgenossen sind und daß wir doch nur in gemeinschaftlichen Kämpfen den Druck der Feinde beseitigen können. Auch die große Masse der deutschen Arbeiter wird sich zu diesem Gedanken durchfinden. Sie ist schon auf dem Wege dazu und die sozialistischen Führer werden mitgehen müssen, wenn sie nicht wollen, daß die Bewegung sie beiseite schiebt. So unvermeidlich wie die Scheidung zwischen Kommunismus und Sozialismus ist, so unvermeidlich wird auch diese Entwicklung sein. Vielleicht kommen wir infolge der Not dieses Winters schneller dazu als die meisten von uns bis jetzt glauben.

Nun steigt Stresemann von dem Kanzlersitzl wieder auf den Abgeordnetensitzl herunter. Seine Arbeitskraft, seine Erfahrung bleiben der deutschen Politik erhalten und mit Sicherheit wird sein Einfluß sich auch ferner geltend machen. Wir glauben zu wissen, daß er auch in der so wichtigen Frage der ausländischen Kredite nichts versäumen wird, was in seiner Macht liegt, um zum Erfolg der von ihm eingeleiteten Verhandlungen beizutragen.

Stresemann ist der erste Reichskanzler, der auf Grund eines Mißtrauensvotums in offener Vollsitzung des Reichstages geht. Das System, hinter den Kulissen Minister und Ministerien zu stürzen, ist damit gebrochen. Die Verantwortlichkeiten sind öffentlich festgestellt worden, Stresemann hat die seine offen übernommen, seine Gegner müssen nun die ihre übernehmen.

Dr. Oestreich.

*

Zum Schluß der Plenarsitzungen traten noch die Fraktionen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei zusammen. Die Fraktionssitzung des Zentrums dauerte nur kurze Zeit. Man beschäftigte sich mit inneren Angelegenheiten. Die allgemeine politische Lage wurde noch nicht erörtert. Die von den Sozialdemokraten angesetzte Fraktionssitzung wurde abgesagt. Reichstagspräsident Loebe ist zum Reichspräsidenten gefahren. Die Deutsche Volkspartei erörterte in mehrstündiger Sitzung die politische Lage und die Regierungsneubildung. Sie setzte ihre Beratungen auch fort, als ihr Führer Dr. Scholz um 10 Uhr abends zum Reichspräsidenten berufen wurde.

Einigung zwischen der Ruhrindustrie und der Micum.

TU **Essen, 23. November.**

Nachdem die politischen Fragen, an denen bekanntlich die Verhandlungen zwischen dem Bergbaulichen Verein und der Micum gescheitert waren, eine tragbare Lösung gefunden hatten, ist heute der Manteltarif unterzeichnet worden. Im Rahmen dieses Vertrages werden, wie die „Deutsche Bergwerkszeitung" erfährt, in den nächsten 14 Tagen die einzelnen Werke ihre Sonderabkommen zu treffen haben.

TU **Köln, 23. November.**

Die Verhandlungen zwischen den Bergbauindustriellen und der Micum haben heute zum Abschluß und zur Unterzeichnung eines Manteltarifs geführt.

TU **Köln, 23. November.**

Zwischen den Zechen des Aachener Bezirks (Wurmrevier) und französischen und belgischen Vertretern wurde ein Abkommen über den Betrieb aller Zechen abgeschlossen.

ecs **Paris, 23. November.**

Um ½8 Uhr teilte der Quai d'Orsay mit, daß heute abend 10 Minuten nach 7 Uhr in Düsseldorf das Abkommen zwischen der Stinnesgruppe und der interalliierten Kontrollkommission unterzeichnet worden sei.

Poincaré in der Defensive.

Ein Vertrauensvotum für Poincaré in der Pariser Kammer

Paris, 23. November.

Die Kammer hat am Schluß der heutigen Sitzung mit 500 gegen 70 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, die das Verhalten der Regierung in der Botschafterkonferenz billigt und ihr das Vertrauen ausspricht.

*

ecs **Paris, 23. November.**

Die heutige Kammersitzung, in der Raoul Peret den Vorsitz führte, wurde um 3 Uhr eröffnet. Poincaré trifft als einer der ersten auf der Regierungsbank ein. Die Abgeordneten waren zahlreich erschienen. Der Präsident teilte mit, daß die Interpellationen über die auswärtige Politik weiter besprochen werden würden. Poincaré erklärt, daß er gewillt sei, das Versprechen zu halten, das er der Kammer am letzten Freitag gegeben habe und daß er über die Ereignisse der letzten Wochen sprechen werde.

„In der Ruhr, führt er dann aus, habe sich die Lage nicht geändert, wenn auch gewisse Kreise die Erzählung der Aufhebung bestreiten würden, so sei die Hoffnung erlaubt, daß man von der Tribüne der Kammer aus noch eine längere Begründung dieser Kritiken hören dürfe. Im belgischen Parlament habe Jaspar ausgezeichnete Worte gesprochen, die durch die Uebereinstimmung der beiden Regierungen erreicht worden seien. Die französisch-belgische Eisenbahnregie habe die Wiedereinstellung von 18500 Eisenbahnarbeitern verzeichnet. Der Ministerpräsident führt dann weiter aus, wie weit die Frage der Wiederaufnahme der Arbeit in den in Betracht kommenden Gruben gediehen sei. Er nennt die Zahlen der an Frankreich gelieferten Holz- und Kohlenlieferungen und wendet sich alsdann dem letzten Interpellanten Marc Sanguier zu. „Marc Sanguier, sagt er, sprach in seiner letzten Rede in der Kammer davon, daß er in Deutschland zahlreiche junge Leute gäbe, die geneigt wären, für die Wiedergutmachung zu arbeiten. Habe die Tatsache, sagt Poincaré, daß ein oder zwei Schreiben dieser Art den Himmel durchkreuzten, in Herrn Marc Sanguier Gefühle erweckt, die in seiner Frühlingsseele wiederkringen? Die Tatsache, daß die Arbeiter des Industriemagnaten Stinnes, der einmal vor den Alliierten eine hochmütige Sprache führte, sich dazu drängen, wieder eingestellt zu werden, und zwar unter französischer Leitung, hatte trotz allem seine Bedeutung." Poincaré führt dann weiter aus, daß von den Einnahmen aus der Ruhrbesetzung zunächst die Besatzungskosten abgezogen werden würden, daß aber alsdann die Einnahmen in den gemeinschaftlichen Reparationsfonds fließen würden. Stresemann habe also die Wahrheit in seiner gestrigen Rede entstellt, wenn er und entgegengesetzte Absichten unterschiebt. Auf diese Weise ruft man seine neue Konstellation am Himmel hervor.

Die Rückkehr des Kronprinzen bezeichnet Poincaré als doppelt unerträglich unter den Umständen, unter denen sie sich vollzogen hat. Die Provokation, die in der Rückkehr des Kronprinzen liege, gehe alle Alliierten an. Er erinnere an die Klausel des Versailler Vertrages über die Auslieferung der Kriegsschuldigen und an die Verhandlungen vor dem Leipziger Gerichtshof. Es wäre eine unerträgliche Drohung für den Frieden in Europa, wenn die Säbelrasseler der Hohenzollern-Dynastie (!) wieder auf den Thron kämen. (Ein Kommunist ruft dazwischen: „Wie wäre es denn mit den Wittelsbachern?")

Poincaré fährt fort:

Europa werde heute abend wissen, daß das französische Volk einmütig ist.

Er fügt hinzu, die Alliierten hätten sich im Augenblick darauf beschränkt, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß man von der deutschen Mitteilung Kenntnis genommen habe, wonach der Kronprinz im Dezember 1918 auf seine Rechte auf den Thron verzichtet habe.

Hinsichtlich der Sicherheit Frankreichs erinnert Poincaré alsdann an die ursprünglichen Vorschläge der Regierung an die Alliierten im Verlauf der Friedensverhandlungen, in denen Frankreich verlangte, daß es kein Verlangen nach dem Besitz des linken Rheinufers (?) habe. Die Anregungen Frankreichs hätten damals gewisse Einwände bei den Alliierten hervorgerufen und damals habe England dann von einer solidarischen Verteidigung gesprochen. Poincaré bittet, sich an dieses Wort „solidarische Verteidigung" zu erinnern. Nach und nach seien dann die Alliierten zu einem Abkommen über diejenigen Maßnahmen gelangt, die heute im Friedensvertrag stehen: Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland, provisorische Kontrolle, provisorische Besetzung der Brückenköpfe und das Recht auf diese Besetzung, wenn die Reparationskommission feststelle, daß Deutschland seine Verpflichtungen nicht halte. Aber der Kernpunkt in diesem ganzen Gebäude, erklärt Poincaré, war

der doppelte Garantievertrag mit England und den Vereinigten Staaten

gegenüber Frankreich, bei dessen Besprechungen Tardieu als Kommissar der Regierung auftrat und verschiedene Befürchtungen formulierte. Barthou habe damals darauf bestanden, daß er nähere Angaben über die evtl. Hilfe der Engländer und Amerikaner haben wolle, worauf Franklin Bouillon erklärt habe, wenn Frankreich nicht das linke Rheinufer verlange, so seien doch an dieser Stelle Maßnahmen notwendig, die seine Sicherheit gewährleisten, und die denjenigen entsprächen, die die Engländer und Amerikaner für ihre Seestreitkräfte erhielten. Was kann, so fragte damals Franklin Bouillon, ein Garantiepakt ohne eine daran angeschlossene Militärkonvention nützen? Er habe hinzugefügt, daß eine andere Garantie darin läge, daß der Präsident der Vereinigten Staaten den amerikanischen Kongreß nicht finden könne. Tardieu habe damals hierauf geantwortet, indem er eine Darstellung der Verhandlungen gab und vor allen Dingen das große Interesse unterstrich, daß der angebotene Garantiepakt böte, ebenso wie die von den Alliierten angenommenen militärischen Maßnahmen. Es sei klar, daß nach der Auffassung der französischen Friedensunterhändler und des französischen Parlaments alle diese Garantien eine Gesamtheit darstellen.

Tardieu ruft dazwischen: „Wenn der Ministerpräsident mich ein Wort sagen läßt ...."

Poincaré: „Nein, ich lasse Sie nicht sprechen. Ihre Artikel von gestern und heute zeigen genug, was Sie zu sagen gedenken. Sie wollen die Debatte ablenken, indem Sie eine Interpretation der Texte vorschlagen, die ich nicht annehmen werde. Sie können nach mir sprechen, wenn Sie dies wünschen." (Bewegung.)

(Fortsetzung Seite 2.)

Eine entscheidende Krise.

Von

Dr. Otto Hugo,

Mitglied des Reichstages.

In der politischen Entwicklung der deutschen Verhältnisse von der Revolution zur Rückkehr zu politischer Ordnung und wirtschaftlicher Arbeitsfähigkeit ist auch das Stadium der großen Koalition überwunden. Diese Koalition ist von den einen aufgefaßt als politischer Zweck der Zusammenfassung aller Volkskräfte zur Rettung des Vaterlandes, von den anderen als das Mittel zu dem Zweck, die Klärung der politischen Verhältnisse zu fördern. Die große Koalition als schöpferisch wirkende Kraft der Lösung aus unseren Notständen hat versagt. Auch die begeisterststen grundsätzlichen Anhänger der großen Verständigungskoalition stehen vor der Tatsache, daß die Zusammenfassung der sozialistischen und bürgerlichen Ideen und Kräfte keine fruchtbare und erfolgreiche Arbeit hat leisten können. Schließlich ist die Koalition zerbrochen an der Tatsache, daß die zielbewußte politische Führung Stresemanns hinsichtlich der Schaffung von Ordnungsverhältnissen in Sachsen und Thüringen von der Sozialdemokratie aus ihrer grundsätzlichen Einstellung heraus nicht ertragen werden konnte und die Herstellung der Ordnung durch ein Kompromiß nicht zu verwirklichen war. Ebenso konnten unter dem Druck der sozialistischen Vorurteile und Meinungen in diesem Kabinett die wirtschaftlichen Kräfte des Wiederaufbaus und der Stabilisierung nicht zu erfolgreicher Entfaltung gebracht werden. Im negativen Sinne hat der Versuch der großen Koalition, die in der zeitlichen Entwicklung nicht überspringen werden konnte, Erfolge gezeitigt, indem den weitesten Kreisen des deutschen Volkes zum Bewußtsein gekommen ist, daß man mit dem Sozialismus keine staatsordnende und wirtschaftsaufbauende Politik treiben kann. Es ist das Verdienst Hilferdings gewesen, darüber Klarheit zu schaffen, daß auch die finanzpolitischen Grundsätze des Sozialismus ebenso wie die wirtschaftspolitischen gegenüber den Aufgaben der Währungsrestauration und der steuerlichen Sanierung der Reichs- und Staatsfinanzen versagen.

Aus diesen sachlichen Ergebnissen der großen Koalitionspolitik leiten sich von selbst die realen Folgerungen für die einzuschlagende Politik ab. Die Revolution hat uns mit ihren sozialistischen Gedankengängen unter Versagen des bürgerlichen Widerstandes nächst den verwüstenden Wirkungen der Poincaréschen Politik die Zersetzung der deutschen Wirtschafts- und Produktionskräfte gebracht. Alle Versuche, mit Kompromissen an den Symptomen der Wirtschaftskrankheit zu kurieren, haben sich als ergebnislos erwiesen und uns immer tiefer in den Abgrund geführt. Nur die Ablehr von illusionären Sozialismus und die Rückkehr zu den natürlichen Bedingungen der Wirtschaft kann uns wieder vorwärts bringen und aufwärts helfen. Für die Leser dieses Blattes bedarf es kaum im einzelnen der Darlegung, wie notwendig es ist, zu der freien Produktionsentfaltung und Arbeitsleistung der Friedenszeit sowie zur wirtschaftlichen Wahrhaftigkeit zurückzukehren.

Im Vordergrunde steht das Währungsproblem. Wollen wir wieder gesund werden, wollen wir die spekulative Ausbeutung wieder aus der Wirtschaft herausbringen und damit dem Schieber- und Wucherturm ein Ende bereiten, wollen wir von der Ueberspannung der Preise herunter und damit unsere Konkurrenzkraft stärken, wollen wir die Versorgung des Volkes mit allen Lebensnotwendigkeiten wieder ermöglichen, wollen wir wieder sparen und zur gewissenhaften Kalkulation zurückkehren, so gibt es dafür nur ein einziges Mittel, das ist die Wiederherstellung der Goldbasis für unseren Zahlungsverkehr als der allein ehrlichen Grundlage einer Währung. Die Schaffung einer Goldkreditbank und die Ausgabe von Banknoten ist aber nicht nur ein technisches Problem, sondern in erster Linie eine politische Vertrauensfrage. Das Gold der Reichsbank reicht nicht aus. Das Gold der Privatwirtschaft und der Devisenhamsterer sowie der Goldkredit des Auslandes werden einem deutschen Goldinstitut aber nur zugeführt werden, wenn Inland und Ausland sich davon überzeugt haben, daß es restlos mit allen sozialistischen und kapitalfeindlichen Experimenten ein Ende hat, wenn überall die Ueberzeugung herrscht, daß das Bankgeheimnis sichergestellt und durch eine willensstarke Regierung die Gewähr gegeben ist, daß willkürliche Zugriffe, wie sie dem sozialistischen Gedanken der Sachwerterfassung entsprangen und auch von bürgerlichen Ministerien angewandt wurden, in Zukunft außhören und der Devisenbesitz nicht mehr politzeilich verfolgt wird. Daß eine solche zwingend notwendige Vertrauensbasis nur eine Regierung schaffen kann, die von jeder sozialistischen Beeinflussung frei ist und aus eigener Kraft über die Macht

Schlußkurs der Mark in New-York
ca. 20 cts. für 1 Billion Mark.
Hiesige Parität
5 Billionen.